



Land Steiermark verlor Millionen durch Währungsspekulation

Kritik an Landesregierung: „Riskant, planlos und intransparent“

**Jahrelang wurde ge-
leugnet, dass die steiri-
sche Landesregierung
hohe Verluste durch
verunglückte Franken-
kredite gemacht hat. Der
Rechnungshof nannte vor
kurzem konkrete Zahlen.
Die KPÖ versuchte ab
Jänner 2013 mehrmals,
Licht in die Angelegen-
heit zu bringen.**

Zur Vorgeschichte: Ende 2012 wurde bekannt, dass dem Land Steiermark Verluste im zweistelligen Millionenbereich durch spekulative Frankenkredite drohen. Durch eine Dringliche Anfrage erzwang die KPÖ im Jänner 2013 eine Debatte im Landtag. Die Landesregierung vertuschte die Verluste mit Zahlenspielerien und leugnete, dass ein Schaden entstanden sei. Schließlich habe man sich insgesamt viel erspart, so die Argumentation. Das kann man glauben oder auch nicht – sicher ist, dass die Geschäfte riskant waren und allfällige frühere Gewinne fast zur Gänze wieder verloren gegangen sind. Denn die Landesregierung ist viel zu spät aus diesen Krediten ausgestiegen, um vor der Landtagswahl 2015 nicht schlecht dazustehen. Am 20. Dezember 2013 zeigte der Landesrechnungshof in einem

Bericht auf, dass die Spekulationsverluste für das Land mindestens 87 Mio. Euro betragen. Dies wurde im Rechnungsabschluss 2012 des Landes dadurch verheimlicht, dass der Kredit zu einem längst nicht mehr gültigen – wesentlich günstigeren – Wechselkurs angegeben wurde.

2016 tilgte das Land die Frankenkredite und musste dabei hohe Verluste hinnehmen, die unter anderem durch die radikale Kürzung der Wohnbeihilfe an die Bevölkerung weitergereicht wurden. Konsequenzen wurden keine gezogen: Ein Schuldenmanagement ist weiterhin nicht vorhanden, wie nun der Bundes-Rechnungshof kritisiert. „Weder in Oberösterreich noch in der Steiermark lag eine mittel- bis langfristige Strategie für das Schulden- und Veranlagungsmanagement vor. Beide Länder hielten die kurzfristige Strategie und diesbezügliche Änderungen nur in Aktenvermerken bzw. Regierungsbeschlüssen fest und erstellten kein gesamthafes Strategiepapier“, heißt es im aktuellen Bericht „IKS in Schulden- und Veranlagungsmanagement der Länder Oberösterreich und Steiermark“ vom 23. November 2018.

Die KPÖ schlug im Jahr 2015 vor, Transparenz und Sorgfalt bei der Finanzierung des Landeshaushalts in den Vordergrund zu stellen und dem Landtag eine Übersicht über sämtliche Darlehen, Kredite und Haftungen vorzulegen. Außerdem sollten keine Fremdfinanzierun-

gen mehr ohne die Zustimmung des Landesparlaments durchgeführt werden können. Das wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**: „Der Bericht des Rechnungshofs macht deutlich, dass die Landesregierung beim Budget seit Jahrzehnten riskant und planlos agiert. Jedes Budget wird als ganz

großer Wurf dargestellt, dabei gibt es offenbar keine über die Periode hinausreichende Strategie. Deshalb handelt es sich bei dem in Aussicht gestellten Überschuss um ein reines Fantasiegebilde. Verschlimmert wird die Lage durch die intransparenten Budgets, die seit der Haushaltsreform keine nachprüfbaren Zahlen mehr enthalten.“

KPÖ feierte 100. Geburtstag



Am 17. November feierte die steirische KPÖ in Graz ihren 100. Geburtstag. Ernest Kaltenecker und Franz Stephan Parteder haben dazu einen historischen Streifzug gestaltet, für kulturelle Höhepunkte sorgten unter anderem Sonja Cvjetkovic, Kurt Palm, Erich Hackl, der Triestiner Partisanenchor und Attwenger. Das große Interesse – über 800 Besucherinnen und Besucher kamen ins Volkshaus – zeigen, dass die steirische KPÖ quicklebendig ist, auch wenn sie die älteste durchgehend bestehende politische Partei Österreichs ist.



Polit-Gehälter senken: Alle Parteien gegen KPÖ

Die steirische KPÖ forderte in der Landtagssitzung am 11. Dezember 2018 erneut, die Spitzenbezüge in der Steiermark zu senken. Alle anderen Parteien stimmten gegen den Antrag. Mandatarinnen und Mandatäre der KPÖ behalten maximal 2300 Euro aus ihren politischen Bezügen, der Rest wird Menschen in Notlagen zur Verfügung gestellt.

Es sollte ein Grundprinzip sein, bei den Bezügen in der Politik ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Ein-

kommen gewahrt bleibt. Schon jetzt klappt die Schere zwischen dem Einkommen in höheren politischen Ämtern und der Masse der Beschäftigten stark auseinander.

Die KPÖ hat deshalb immer wieder gefordert, die Bezüge in der Politik um etwa 30 % zu senken. „Der Landeshauptmann verdient derzeit fast 17.000 Euro brutto, Regierungsmitglieder 15.000. Mit unserem Vorschlag würden sie auch nicht am Hungertuch nagen, aber ein wichtiges Zeichen setzen. Politikerinnen und Politiker sind durch ihre hohen Bezüge

von der Lebensrealität der Bevölkerung weit entfernt und können die Folgen ihrer Entscheidungen für diejenigen, die mit einem durchschnittlichen Einkommen das Auslangen finden müssen, oft nicht abschätzen. Deshalb soll es bei den Polit-Bezügen ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen geben.“

Tatsächlich lehnten alle anderen Parteien im Landtag – Grüne, FPÖ, ÖVP, SPÖ – den Antrag der KPÖ wie immer ab. SPÖ-Klubobmann Hannes Schwarz meinte in seiner Budgetrede sogar sinnge-

mäß, dass er bei einem Einkommen von 11.000 Euro nicht mehr verantwortungsvoll für die Steiermark arbeiten könne.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:
KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a,
8020 Graz. Verantw. Redakteur:
Georg Fuchs, ebd., Verlags- und
Herstellungsort: Graz. Tel. (0316)
877 5102; Fax (0316) 877 5108.
E-Mail: Itk@stmk.gv.at // DVR:
0600008
Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Kinderarmut abschaffen!

Kinderland und KPÖ mobilisierten am Tag des verordneten Kaufrauschs gegen Kinderarmut in der Steiermark



2014 waren in der Steiermark 37.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet. 2017 waren es bereits 51.000. Das ist jedes fünfte steirische Kind. Kinderland und KPÖ haben am 23. November deshalb eine Kundgebung in der Grazer Herrngasse durchgeführt, um die Politik an ihre Verantwortung gegenüber den Schwächsten zu erinnern.

Der aktuelle Armutsbericht des Landes Steiermark enthält schockierende Zahlen: Sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen nimmt die Anzahl armer und armutsgefährdeter Menschen trotz stark gesunkener Arbeitslosigkeit massiv zu. Das hat auch viel mit der Politik der Landesregierung zu tun.

Solange die Arbeitseinkommen nicht steigen, wird sich daran nichts Grundlegendes ändern.

Es gibt Modelle einer Grundversicherung für Kinder und Jugendliche, mit denen verhindert werden kann, dass junge Menschen in Österreich in Armut aufwachsen. Das sollte für die Politik höchste Priorität haben. Es braucht aber auch Sofortmaßnahmen, betonte KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**.

„Kinderrechte dürfen nicht nur auf dem Papier bestehen. Die Zahlen sind alarmierend, die Politik muss handeln“, forderte Kinderland-Obmann **Amir Mayer** vor dem Eingang zum steirischen Landesparlament.



Fernwärme: Bleiben ab 2021 in Graz die Heizkörper kalt?

„Verschwiegenheit“ statt Aufklärung durch LH-Stv. Schickhofer

Der Fernwärmebedarf der Stadt Graz wird zum Großteil aus dem Verbundkraftwerk Mellach gespeist. Der Vertrag darüber endet Ende 2020.

Die KPÖ befürchtet, dass die Landesregierung fahrlässig die Fernwärmeversorgung der Stadt Graz aufs Spiel setzt. LAbg. **Werner Murgg** hat deshalb eine Dringliche Anfrage an den zuständigen LH-Stv. Michael Schickhofer gerichtet.

Schickhofer dementierte, dass die Fernwärmeversorgung in Gefahr sei, konnte die von LAbg. Werner Murgg genannten Zahlen aber nicht entkräften – aus Gründen der „Vertraulichkeit“ und des „Aktienrechts“ sei Verschwiegenheit darüber notwendig, welche Vereinbarungen mit dem Verbund angestrebt werden. Schickhofer nannte zwar alternative Fernwärme-Quellen, konnte aber nicht sagen, zu welchen Preisen dort produziert werden könne.

Tatsache ist, dass es derzeit keine über das Jahr 2020 hinausgehende Vereinbarung mit dem Verbund gibt und dass die alternativen Versorger bei weitem nicht über die Kapazitäten verfügen, um den Bedarf zu decken. Eine Steigerung der Fernwärmeproduktion in der Grazer Puchstraße wesentlich mehr Schadstoffe und Feinstaub produzieren, was keinesfalls wünschenswert ist.

Werner Murgg: „Das Land Steiermark wird mit dem Verbund über



KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg

das Jahr 2020 hinaus einen Vertrag machen müssen, wenn man bei der Fernwärmeversorgung im Großraum Graz nicht auf unvernünftige teure und unsichere Quellen setzen will. Am sinnvollsten und ökologischsten wäre ein Druckspeicher in Mellach, stattdessen setzen LH-Stv. Schickhofer und die Energie Steiermark auf teure und fragwürdige Prestigeprojekte. LH-Stv. Schickhofer pokert, dadurch gerät das Land in eine ungünstige Lage gegenüber dem Verbund.“

Mehrere Anträge der KPÖ zur Fernwärmeversorgung in der Landeshauptstadt wurden mehrheitlich abgelehnt. Die KPÖ forderte, in Zusammenarbeit mit der Energie Steiermark sicherzustellen, dass die Fernwärmepreise im Rahmen des Verbraucherpreisindex sozial verträglich bleiben und dass sich das Land für die Errichtung eines Druckspeichers in Mellach einsetzen soll, damit die Abwärme nicht in die Mur geleitet wird, sondern zur Stromerzeugung genutzt werden kann.

KPÖ-Initiativen für Umwelt, Soziales und Verkehr

Im Rahmen der Budgetsitzung des steirischen Landtags am 11. Dezember 2018 brachte die KPÖ mehrere Anträge ein, in denen es um sozial- und umweltpolitische Vorschläge geht, aber auch um eine Qualitätsverbesserung des Budgets selbst.

Das Budget ist auch Jahre nach der „Haushaltsreform“ intransparent und unkonkret. Keiner der Anträge fand eine Mehrheit, SPÖ und ÖVP stimmten gegen jeden Vorschlag der Opposition.

Schluss mit der Geheimhaltung im Landeshaushalt: Die Abge-

ordneten stimmen über einen Voranschlag ab, der an entscheidenden Stellen weder aussagekräftige noch nachvollziehbare Fakten und Zahlen enthält. Aufgrund der in der Haushaltsreform festgelegten Regeln enthält das Budget kaum noch Zahlen. Dieser Blindflug ist höchst gefährlich und stellt auch die Möglichkeit der Kontrolle der Regierung durch den Landtag in Frage. Die KPÖ fordert daher, die vagen „Wirkungsziele“ um nachprüfbar, konkrete Zahlen zu ergänzen. Dabei sollen auch die Kritik des Landesrechnungshofes berücksichtigt werden, um die Überprüfbarkeit der Zielvorgaben zu gewährleisten.

Sozialcard, Weihnachtsbeihilfe und Heizkostenzuschuss: Der aktuelle Armutsbericht zeigt auf, dass die Armut in der Steiermark stark zunimmt. Für Steirerinnen und Steirer mit geringem Ein-

kommen soll daher endlich eine Sozialcard eingeführt werden. Diese berechtigt zu kostenlosem oder stark ermäßigtem Eintritt zu öffentlichen bzw. öffentlich subventionierten Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen und ermöglicht ermäßigte oder kostenlose Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel. Außerdem soll die soeben abgeschaffte Weihnachtsbeihilfe der Landesregierung wieder eingeführt werden, der Heizkostenzuschuss muss verbessert werden. Einführung von Abgaben auf umweltschädliche Vorhaben

Eine Naturnutzungsabgabe für umweltbelastende Anlagen wie Beschneigungsanlagen, Seilbahnen oder Schotterabbau sowie eine Abgabe auf Flächenversiegelung (Parkplatzabgabe) sollen dafür sorgen, dass der Flächenfraß nicht mehr ungebremst fortgeführt

werden kann und jene Betriebe, die die Umwelt besonders stark belasten, einen Beitrag zu den hohen Folgekosten der Umweltbelastung leisten.

Verbesserung des öffentlichen Verkehrs: Eine Nahverkehrsabgabe nach Wiener Vorbild auf Unternehmen ab einer bestimmten Größe würde einen wichtigen Beitrag zum dringend nötigen Ausbau des ÖV in der Steiermark leisten. Selbst bei einer bescheiden dimensionierten Form dieser Abgabe würden dem Landeshaushalt jährlich zusätzlich dringend benötigte 30 Mio. Euro für leistbare, sanfte und umweltfreundliche Mobilität zur Verfügung stehen.

Alle Anträge wurden (zumindest) von SPÖ und ÖVP abgelehnt und fanden daher keine Mehrheit.

Trotz Volksbefragung für Grottenhof SPÖ und ÖVP beschlossen Verkauf

Mit den Stimmen der Regierungsparteien wurde im Landtag der Verkauf der Ackerflächen der Landwirtschaftsschule Grottenhof im Grazer Bezirk Wetzelsdorf beschlossen. Erst im Jänner des Jahres hatten bei einer Volksbefragung 96,5 % der Bewohner im Bezirk dagegen gestimmt. Auch die SPÖ hat sich dagegen ausgesprochen – und stimmte nun für den Verkauf. Der Kaufvertrag wirft viele Fragen auf.

Die Landtagssitzung vom 11. Dezember wurde mit einer Protestaktion der KPÖ eingeleitet. Dutzende folgten dem Aufruf und kamen zur Protestaktion um 8 Uhr in die Herrngasse. Die Grazer Stadträtin Elke Kahr betont die Bedeutung der Volksbefragung:

„Die Wetzelsdorfer haben bei der Volksbefragung mit 96,5 Prozent ein eindeutiges Zeichen gegen die Verbauung und gegen den Verkauf gesetzt. Das hat



dazu geführt, dass es derzeit in der Stadt keine Mehrheit für eine Umwidmung der Bio-Ackerflächen gibt.“

Viele Fragen wirft der Kaufvertrag auf. Eine tatsächliche Verbauung ist nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Grazer Gemeinderat

möglich, die es derzeit nicht gibt. „Warum sollte ein Investor für 18 Millionen Euro ein Grundstück erwerben, wenn er dort nichts bauen darf?“, fragt KPÖ-LABg. Werner Murgg. Der Kaufvertrag enthält angeblich weitreichende Verpflichtungen des Landes, sollte keine Verwertung durch die

ÖWG innerhalb von 15 Jahren möglich sein. Unter anderem soll das Land zum Rückkauf verpflichtet sein. Werner Murgg fordert daher eine Prüfung des geheimen Vertrags durch den Landesrechnungshof.



„Wunsch und Wahrheit klaffen weit auseinander“

Auszug aus der Budgetrede von KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zum steirischen Landeshaushalt 2019-2020

Fehlende Transparenz, Wirkungsziele ohne Ambitionen, unglaubliche Zahlen begleiten das steirische Landesbudget für die Jahre 2019-2020. In ihrer Budgetrede zeigte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler auf, dass bisher weder die budgetären noch die politischen Ziele erreicht wurden und trotzdem am festgefahrenen Schema festgehalten wird. Im Gegenteil: Wunsch und Realität klaffen in der Budgetpolitik weit auseinander.

Die Kontrollrechte und Gestaltungsmöglichkeiten des Landtages wurden mit der Einführung der neuen Haushaltsregeln eingeschränkt. Für die Abgeordneten ist das Budget so undurchsichtig geworden ist, dass konkrete Zahlen erst durch einzelne Nachfragen genannt werden. Viele „Wirkungsziele“ sind so allgemein formuliert, dass bezweifelt werden darf, dass sie wirklich etwas mit dem Budget zu tun haben, zum Beispiel im Bereich „Soziales“. Hier werden Zahlen aus dem Jahr 2014 als Grundlage genommen, obwohl es längst neue Zahlen gibt. Im aktuellen Armutsbericht ist nachzulesen, dass die Armut in der Steiermark seit 2014 stark gestiegen ist – besonders auch bei Kindern und Jugendlichen. 2011 waren 126.000 Steirerinnen und Steirer von Armut bedroht, 2015 waren es 156.000, im Jahr 2017 sind es bereits 190.000 Personen, die von Armut betroffen sind – darunter 51.000 Kinder und Jugendliche! Die Politik der Landesregierung hat leider dazu beigetragen.

Auch die wenigen konkreten Daten, die dieses Budget enthält, sind mit äußerster Vorsicht zu genießen. Seit Jahren klafft eine große Lücke zwischen dem vom Landtag beschlossenen Budget und dem, was tatsächlich ausgegeben wird. Wenn man bis ins Jahr 2010 zurückgeht, wurden insgesamt 2,5 Milliarden Euro mehr ausgegeben als ursprünglich beschlossen.

Die Verantwortlichen müssten sich die Frage stellen: Wie kommt mehr Geld in die öffentlichen Kassen? Wir haben als Land Steiermark wichtige Aufgaben zu erfüllen – Gesundheit, Pflege, Bildung, der Öffentliche Verkehr, der Umwelt- und Klimaschutz, der Öffentliche Wohnbau – um nur einige Beispiele zu nennen, das kann nicht Jahr für Jahr zurückgefahren werden, ohne dass es ernsthafte Konsequenzen hat.

Aber Wie kommt also mehr Geld in die öffentlichen Kassen? Wir wissen, dass in Österreich nur die hohen Einkommen beständig wachsen. Die mittleren Einkommen stagnieren seit langer Zeit, die unteren sinken sogar – und das seit Mitte der 1990er-Jahre. D.h. die Kaufkraft der großen Mehrheit der Bevölkerung wird immer geringer und damit auch jene Steuern und Abgaben, aus denen sich die öffentlichen Kassen finanzieren: Die Einnahmen aus der Lohnsteuer, mit dem die Beschäftigten den mit Abstand größten Beitrag zum Steueraufkommen leisten, werden nur fließen, wenn genug Menschen ausreichend verdienen, um lohnsteuerpflichtig zu sein. Das gilt auch für die Beiträge zur Sozialversicherung.

Wenn aber immer mehr Menschen in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden und Beschäftigte gleichzeitig immer



KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler

mehr Wochenstunden arbeiten sollen – Stichwort 12-Stunden-Tag – hat das negative Folgen für die öffentliche Infrastruktur, die Lebensqualität der Menschen und letztendlich für den sozialen Zusammenhalt.

Österreich gehört zu jenen neun Ländern in der EU, in denen die

Durchschnittseinkommen kaufkraftbereinigt zwischen 2014 und 2017 gesunken sind, und zwar um 5,2%. Enorm gestiegen sind dafür Wohnkosten, in Österreich Preistreiber Nummer 1. Sozialer Wohnbau und eine Mietpreis-Obergrenze sind also das Gebot der Stunde, ebenso ein Ende der automatischen Erhöhungen von Gebühren und Tarifen.

In diesem Budget fehlt aber – wie auch in den vorangegangenen – jeder Hinweis darauf, dass die Landespolitik den Ernst der Lage erkannt hat.

Wir brauchen eine Politik, die sich auf die Seite der Mehrheit stellt und dafür sorgt, dass das, was die arbeitenden Menschen erwirtschaften, auch bei ihnen bleibt. Das ist möglich, wenn der politische Wille da ist.

